

an der Kolonialperipherie des Kaiserreichs verstanden und die ökonomische Ausbeutung der indigenen Bevölkerung begleiteten. Ärzte wie der Erbforscher Alfred Ploetz waren es, die den Gedanken der Tötung schwacher und kranker Nachkommen als sozialpolitische Utopie entwickelten und damit den Weg in den Krankemord der Nationalsozialisten ebneten. Militärärzte waren es, die Soldaten des ersten Weltkriegs, die am pausenlosen Morden an den Fronten seelisch zerbrachen, durch 'therapeutische' Folter brutal der Front wieder zuführten und so für den Obrigkeitsstaat im Krieg gefügig machten. Und Ärzte waren es auch, die die biopolitische Diktatur des NS-Systems mit mehr als 300.000 Zwangssterilisationen, mit annähernd 200.000 Krankemorden und einer unmenschlichen Leistungs- und Militärmedizin erst möglich machten.⁷ Dass sich die Traumatisierung Tausender Menschen durch eine politisierte Medizin im Zwangssystem der DDR bis 1989 fortsetzte, demonstriert bis heute, dass Ärzte gerade wegen ihrer intimen Beziehung zu den Schwächen menschlicher Existenz, aber auch wegen ihrer stetig wachsenden Kenntnisse um die Ausbeutbarkeit ebenso wie um die Vulnerabilität der menschlichen Physis

7 Vgl. hierzu Wolfgang U. Eckart, *Medizin in der NS-Diktatur — Ideologie, Praxis, Folgen*, Köln 2012

und Psyche in besonderer Weise Begehrlichkeiten politischer Systeme weckten und wecken werden. Medizin ist immer auch soziale Wissenschaft und Praxis. Umso aufmerksamer muss der Berufsstand selbst mit seinen Gefährdungen in Wissenschaft, Ausbildung und Praxis umgehen.

Prof. Dr. med. Wolfgang U. Eckart ist seit 1992 Professor für Geschichte der Medizin und Direktor des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er ist zugleich Mitglied der Leopoldina/Nationale Akademie der Wissenschaften. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Medizin im europäischen Kolonialimperialismus, Medizin und Krieg sowie die Medizin im Nationalsozialismus. Jüngste Buchveröffentlichungen: *Medizin in der NS-Diktatur* (2012, Böhlau); *Handbuch Sterben und Menschenwürde*, 3 Bde. (mit Michael Anderheiden, 2012, De Gruyter); *Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin* (2013, Springer); *Medizin und Krieg: Deutschland 1914-1924* (2014, Schöningh).

Werkstatt

Markus Gloe / Tonio Oeffering

Widerstand als Aufgabe und Ziel politischer Bildung?

Bericht der Tagung "Kompetenz zum Widerstand — eine vernachlässigte Bildungsaufgabe" vom 24. bis 26. März 2015 an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg*

Mit Ende des Wintersemesters 2014/15 verabschiedete sich Fritz Reheis in den Ruhestand. Zum Ausklang nicht nur seines letzten Semesters, sondern seiner nunmehr zehnjährigen Dienstzeit an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, veranstaltete er Ende März ein interdisziplinäres Symposium mit dem Titel "Kompetenz zum Widerstand — eine vernachlässigte Bildungsaufgabe".

Die Tagung war in drei thematische Blöcke unterteilt: Im ersten Teil standen "Phänomenologische Annäherungen" sowie konkrete Beispiele im Mittelpunkt, im zweiten die Frage, ob die Kompetenz zum Widerstand überhaupt gefördert werden könne und solle, und im dritten, falls die beiden Fragen des mittleren Teils positiv beantwortet würden, wie dies zu geschehen habe.

Phänomenologische Annäherungen

Bereits in seiner Begrüßung machte der Gastgeber deutlich, dass es sich für ihn bei dem gewählten Tagungsthema nicht um ein beliebiges gehandelt habe. Angesichts globaler Bedrohungen und Krisen, so Reheis, sei die Förderung von Widerstandskompetenz eine unabdingbare Aufgabe von Bildung, wenn ein Leben aller in Würde möglich sein solle. Jeder einzelne habe eine Vielfalt von Widerstandsoptionen.

Zunächst gab Michale Sladek, der "Stromrebell aus Schönnau", ein konkretes Beispiel für erfolgreichen Widerstand. Er beschrieb, wie er und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter es schafften und schaffen, dass sich eine kleine Gemeinde im südlichen Schwarzwald erfolgreich gegen die Übermacht

der großen Stromkonzerne zur Wehr setzte und zunehmend zu einem ernsthaften und erfolgreichen Spieler im Feld der Energieversorgung wachsen konnte. Zu wichtigen Eigenschaften, die über Erfolg und Misserfolg von Widerstand entscheiden, zählten für ihn neben Fachwissen im Sinne von Citizen Science, Solidarität, Kreativität und Frustrationstoleranz vor allem Ausdauervermögen, aber auch Lebensfreude.

Der Vortrag von Heiner Keupp (München) nahm seinen Ausgang in der Figur des „Aufrechten Gangs“ (Bloch): wie könne eine eigenständige und aufgeklärte Lebensführung gefördert werden. Nach Keupp brauche Widerstandsfähigkeit als Basis kein Heldentum, sondern Selbstwirksamkeitserfahrungen. In Anlehnung an Richard M. Lerner würden folgende sechs Cs eine positive Entwicklung unterstützen und Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen: Competence, Caring (Fürsorge und Mitgefühl), Connection (Bindung), Confidence (Vertrauen), Character (Wertvorstellungen) und Contribution (Partizipation).

Gerd Meyer (Tübingen) ging in seinem Beitrag vor allem auf den Begriff der Zivilcourage ein. Hieran schloss sich eine Diskussion an, ob und inwieweit Zivilcourage eine Form von Widerstand darstellt und inwieweit Zivilcourage in pädagogischen Prozessen vermittelbar ist.

Ausgehend von Art. 20 GG verwies Werner Karg (München) darauf, dass dort ein Widerstandsrecht verbrieft sei, das aber nur dann in Anspruch genommen werden könne, wenn die dort formulierten Bedingungen erfüllt sind (Gefährdung der FDGO usw.). Darüber hinaus, so Karg, lässt sich Widerstand in der Bundesrepublik nicht legitimieren. Diesen Standpunkt veranschaulichte er an Beispielen zivilgesellschaftlichen Widerstands in München (etwa gegen ein Denkmal für das Olympiaattentat von 1972 im Olympischen Dorf), in dem es sich seiner Meinung nach vor allem um die Verteidigung nur partikularer Interessen, die sich nicht auf verallgemeinerbare Werte berufen könnten, handle, also um eine nicht durch das GG legitimierte Form von Widerstand.

Dass Ironie und Satire eine Form von Widerstand darstellen können, wurde im Beitrag von Martin Becher (Bad Alexandersbad) deutlich. Er berichtete vom Wunsiedler Spendenlauf, bei dem ein Aktionsbündnis einen Neonazigedenkmarsch zu einem unfreiwilligen Spendenlauf umfunktionierte — für jeden Meter, den der Gedenkmarsch zurücklegte, wurde Geld für die Aussteigerorganisation Exit gespendet, begleitet wurde der Marsch von ironischen Plakaten und Zurufen der linken Aktivistinnen und Aktivisten.

Sonja Lebos beschloss den ersten Tag des Symposiums. Sie zeigte anhand einer Reihe von Beispielen aus den kroatischen Städten Zagreb, Pula, Split und Dubrovnik, welche Möglichkeiten Bürgerinnen und Bürger haben, sich gegen die Vereinnahmung des öffentlichen Raums durch Großinvestoren zu wehren. Allerdings wurde dabei auch deutlich, dass häufig lediglich nur kleine Veränderungen in Richtung der Durchsetzung der Interessen der Bürgerschaft möglich sind und nicht jeder geleistete Widerstand zum Erfolg führt.

Kann Kompetenz zum Widerstand gefördert werden?

Der zweite Tag stand insgesamt unter der Fragestellung, ob die Kompetenz zum Widerstand überhaupt gefördert werden kann und soll. Zunächst ging Frauke Höntzsch der Frage nach, ob Widerstand ein Menschenrecht sei. Sie kam in ihrer überzeugenden Analyse zu dem Ergebnis, dass Widerstand innerhalb eines funktionierenden Rechtsstaats nicht legitimierbar, aber trotzdem eine moralische Verpflichtung zum Widerstand notwendig sei. Zudem gäbe es durch eine zunehmende Globalisierung auch immer mehr rechtsfreie Räume.

Michael Gerten (Bamberg) erläuterte in seinem Vortrag „Widerstand im Kontext von Moral und Recht“ seine zwei Thesen, dass die Frage nach einer Kompetenz zum Widerstand überhaupt und einer diesbezüglichen Bildungsaufgabe nicht von dem Problem der Legitimität derselben abstrahiert werden kann. Es bedürfe einer transzendental-reflexiven Prinzipienreflexion des Verhältnisses von Freiheit, Recht und Moral, und müsse zum Maßstab wie zum expliziten Inhalt einer der Leitidee von individueller und interpersonaler Freiheit verpflichteten Erziehung gemacht werden.

Markus Kilius (Jena) betrachtete aus einer eher poststrukturalistischen Perspektive die Chancen und vor allem die Grenzen des Konzepts Widerstand. Eine Podiumsdiskussion zwischen Höntzsch, Gerten und Kilius machte die grundlegenden Differenzen zwischen den drei Positionen deutlich.

Ortfried Schäßler (Berlin) sowie Malte Ebner von Eschenbach (Potsdam) erläuterten in ihrem Vortrag „Widerständigkeit als Grundlage von Demokratiekompetenz“, dass die Autonomie der Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzung von Widerstand sei. Normen könne man sich erst aneignen, wenn man sie gebrochen habe — also Widerstand geleistet habe. Darauf aufbauend definierten die beiden Demokratie als ein gelungenes Miteinander von Menschen, die Nein sagten, und Menschen, die dieses Nein als produktiv empfänden.

Tonio Oeftering (Lüneburg) unterschied zwischen den beiden Begriffen Kritik und Widerstand. Im Anschluss an Hannah Arendt sei Kritik als Kunst der Beurteilung zu sehen, während Widerstand der Entzug von Macht sei. Kritik und Kritikfähigkeit würden zunehmend als Ressource der Bürgerinnen und Bürger gesehen werden. Oeftering stellte die Frage, ob man den kritikbereiten Bürger mit dem Leitbild des interventionsfähigen Bürgers gleichsetzen dürfte oder ob es sogar so etwas wie eine Interventionspflicht gäbe. Im Anschluss an diese demokratietheoretische schloss sich seine fachdidaktische Reflexion an. Der Vortragende diskutierte Politische Bildung als Möglichkeit „reflektiert dagegen zu sein“.

Claire Moulin-Doos und Andreas Eis (Oldenburg) fokussierten in ihrem Beitrag den politischen Ungehorsam. Sie unterschieden zwischen zivilem und politischem Ungehorsam und begriffen letzteren als gestaltende Intervention zur Demokratisierung des politischen Gemeinwesens. Die Rolle des politischen Ungehorsams sei es, das Gemeinwesen zu demokratisieren und damit eine politische demokratische Transformation zu initiieren.

* Die Beiträge erscheinen Anfang 2016 in einem Tagungsband, herausgegeben von Fritz Reheis, im Wochenschau Verlag.

Albert Scherr (Freiburg i. B.) plädierte dafür, nicht Widerstand im Allgemeinen, sondern Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen sowie die politische Infragestellung menschrechtlicher und demokratischer Prinzipien zum Ziel zu erklären. Der Ort, an dem Widerstandskompetenz gelernt werden könne, sind nach Scherr soziale Bewegungen, in denen aus widerständigen Praktiken ein Wissen über Möglichkeiten und Grenzen entstünde. Die entsprechende Performanz erzeuge letztlich dann die Kompetenz. Scherr zeigte sich skeptisch, dass Schule und die in ihr institutionalisierte politische Bildung mehr leisten könne, als Widerstand zum Lerngegenstand zu machen.

Auf der Grundlage des Pragmatismus nach Dewey und Peirce legte Armin Scherb (Nürnberg) dar, warum Widerstandskompetenz ein Teil der Handlungskompetenz sei und wie diese im Rahmen von simulativem Handeln auch in der schulischen politischen Bildung gefördert werden könne.

Wie kann Kompetenz zum Widerstand gefördert werden?

Der letzte Teil der Tagung widmete sich dann der Frage, wie Widerstandskompetenz gefördert werden könnte. Zunächst stand der Lern- und Handlungsraum im Mittelpunkt. Jana Truman (Duisburg-Essen) erläuterte auf der Basis ihrer Lehrtätigkeit drei Eckpunkte widerständiger Praxis — gestalten können, denken dürfen, für etwas eintreten wollen — an den konkreten Beispielen Flashmob, GuerillaGardening und Utopiewerkstätten.

Nach einer kurzen theoretischen Einführung zur Bedeutung öffentlicher Räume für den Aufbau politischer Widerstandskompetenz entführte dann Lorenz Kutzer (Bamberg) die Tagungsteilnehmer an unterschiedliche Stellen Bambergs, um vor Ort den Lern- und Handlungsraum zu erfahren.

Am Nachmittag wurden drei parallele Workshoppanels angeboten, in denen unter dem Titel "Schule", "Arbeitswelt" und "Medien und Methoden" weiter der Frage nachgegangen wurde, wie Widerstandslernen praktisch umgesetzt werden könnte. So ging es beispielsweise im Panel Medien und Methoden zunächst im Beitrag Markus Gloes (München) um die Frage, ob politische Musik ein Medium zur Vermittlung von

Widerstandskompetenz darstellen kann. Neben theoretischen Fragen wie der, was ein politisches Lied eigentlich zu einem solchen macht, wurde auch behandelt, wie der konkrete Einsatz politischer Musik aussehen könnte, um das hierin verborgene Potential für das Erlernen von Widerstandskompetenz (die für Gloe eine besondere Form der Handlungskompetenz darstellt) freizulegen. Im zweiten Referat des Panels wählte Sabine Zelger (Wien) satirische Texte als Ausgangspunkt politischen Lernens zum Widerstand. Sie stellte verschiedene Zugänge vor, wie diese Texte im Unterricht genutzt werden können, insbesondere als Medien, die über einen kreativen und produktiven Umgang mit den angebotenen Inhalten politisches Lernen ermöglichen.

In der Schlussdiskussion der Tagung wurden noch einmal zentrale Fragen der vergangenen Tage aufgeworfen: Ist die Schule überhaupt der richtige Ort für Widerstandslernen? Wenn nicht, welche Orte kommen dann in Frage? Und sind nicht möglicherweise die Institutionen, in denen Widerstand zu leisten am schwersten ist, genau die, die ihn am nötigsten hätten?

In seinem Schlusswort machte Fritz Reheis noch einmal deutlich, worum es ihm bei dieser Tagung ging: Angesichts der globalen politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse sei eine Befähigung zum Widerstand unabdingbar, wenn ein Leben aller Menschen in Würde möglich sein soll. Es ging, so Reheis, also zuerst um die Sache, nicht um die Begriffe. Allerdings werden Begriffe benötigt, um der Sache gerecht zu werden. Die Tagung umfasste beides: Ein Ringen um die Begriffe, aber auch ein Ringen um die Sache, ein Ringen mit der Frage, ob die Fähigkeit zum Widerstand eine legitime Bildungsaufgabe ist und ob und wie sich die politische Bildung dieser annehmen kann.

Dr. Markus Gloe ist Leiter der Lehrinheit Didaktik der Sozialkunde am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Prof. Dr. Tonio Oeftering ist Juniorprofessor für Politikdidaktik an der Leuphana-Universität Lüneburg.

Impressum

ISSN 0937 – 2946

Herausgeber: Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – NW e.V., www.dvpb-nw.de

Copyright: ©2016 Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – NW e.V.

Nachdruck, elektronische Speicherung und Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers und Verlags. — Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht unbedingt Meinungsäußerungen des Herausgebers.

Geschäftsstelle DVPB-NW

Postfach 100 352, 47003 Duisburg,
geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de

Redaktion

Dr. Kuno Rinke (verantw.), Steinacker 1, 53229 Bonn,
T+F 0228 / 48 18 74, KunoRinke@web.de
Andreas Wüste, Andreas.Wueste@uni-bonn.de

Anzeigen: Z. Zt. gültig ist Anzeigenpreisliste 2004.

Verlag: Wieland Ulrichs (Satz, Layout, v.i.S.d.P.),
Tannenweg 14, 37085 Göttingen, 0551 / 79 66 06,
wu@wieland-ulrichs.de

Druck: Basis-Druck GmbH, Duisburg

Abonnement: Für Mitglieder der DVPB-NW ist das Abo im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ansonsten 16 € / Jahr. Sonderkonditionen für Bibliotheken auf Anfrage. Kündigungsfrist 30. November.